

## **Protokoll der 17. Tagung des Stadtrates Niesky am 02. Mai 2011**

Öffentlich

Anzahl der Stimmberechtigten: 19

davon anwesend: 19

Anzahl der Gäste: Herr Ludwig, Geschäftsführer Stadtwerke Niesky  
Herr Barth, Technischer Leiter Stadtwerke Niesky  
Herr Schuster, Ortschaftsrat See  
Herr Fischer, Geschäftsführer Gemeinnützige  
Wohnungsbau GmbH  
Frau Mattern, Lokalredaktion der SZ  
Herr Uhlmann, Lokalredaktion der SZ  
10 Bürger

Tagesordnung: siehe Einladung

Tagungsleitung: Herr Rückert, Oberbürgermeister

Tagungsort: Jahnhalle Niesky

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

### **Gefasste Beschlüsse:**

Beschluss Nr. 19/2011

Bestätigung der Auswahlkriterien im Rahmen der Neuvergabe der Konzession  
für die Erdgasversorgung in Niesky

Abstimmung: 19/0/0

Beschluss Nr. 20/2011

Beschluss des Stadtrates über die Veränderung der Verkehrsführung im Ortsteil  
See im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnstrecke Knappenrode - Horka -  
Polen

Abstimmung: 12/6/1

**Beschluss Nr. 21/2011**

Beschluss über den Entwurf und die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Biogasanlage Sandtagebau See" sowie die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abstimmung: 17/1/1

**Beschluss Nr. 22/2011**

Beschluss über die Delegation der Entscheidungskompetenz des Stadtrates an den Technischen Ausschuss - Bauvorhaben Sicherung und Sanierung des Gebäudes "Konrad-Wachsmann-Haus"

Abstimmung: 19/0/0

**Beschluss Nr. 23/2011**

Verkauf eines Grundstücks in Niesky am Birkenweg

Abstimmung: 18/0/1

**Beschluss Nr. 24/2011**

Vorkaufsanfragen und Grundbucheintragungen

Abstimmung: 19/0/0

**Beschluss Nr. 25/2011**

Verkauf der Schulhoffläche am Gymnasium Zinzendorfplatz

Abstimmung: 19/0/0

**Beschluss Nr. 26/2011**

Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky über den Erwerb eines Grundstückes am Zinzendorfplatz

Abstimmung: 19/0/0

**1. Eröffnung der 17. Tagung des Stadtrates**

**1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**1.2 Bestätigung der Tagesordnung**

**1.3 Bestätigung des Protokolls der letzten Tagung vom 16. März 2011 und Bekanntgabe von Beschlüssen**

Herr Rückert eröffnet die 17. Tagung und kann mit der Anwesenheit von insgesamt 19 Stimmberechtigten die Beschlussfähigkeit des Stadtrates feststellen.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen und Ergänzungen.

Zum Protokoll der 16. Tagung, Seite 9, fragt Herr Giese, ob entsprechend dem Beschluss Nr.16/2011 die Genehmigung der Grundschuldeintragung vorliegt.

Herr Bachmann antwortet, dass die Genehmigung bei der Rechtsaufsichtsbehörde beantragt wurde, aber es gibt noch keine Rückantwort.

Des weiteren möchte Herr Giese wissen, wie der Stand ist zur Nutzung des ehemaligen Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr See für den Traditions- und Kulturverein See.

Dazu erwidert Herr Bachmann, dass ein Pachtvertrag vorbereitet wird und somit der Verein darüber beraten kann.

Das Protokoll der 16. Tagung des Stadtrates wird von den Stadträten bestätigt.

Aus dem nichtöffentlichen Teil gibt Herr Rückert folgenden Beschluss bekannt:

**Beschluss Nr. 18/2011**  
**Neueinstellung im Zusammenhang mit der Altersteilzeitfolgebesetzung**  
**für Herrn Hans-Joachim Tauch mit Herrn Norbert Sindzinki**

**2. Bericht zur Haushaltsdurchführung I. Quartal 2011**  
**BE: Frau Hoffmann, Fachbereichsleiterin Finanzen**

Nach Einführung der DOPPIK zum 01. Januar 2011 kann Frau Hoffmann über eine solide Haushaltssituation im I. Quartal 2011 berichten. Es sind zwar noch nicht alle Probleme endgültig geklärt, was die Verbuchung der Schmutzwasserbeiträge und die Auflösung der im voraus gezahlten Friedhofsunterhaltungsgebühren betrifft, aber insgesamt hat die Umstellung und das laufende Haushaltsgeschäft reibungslos funktioniert. Die Entwicklung der Steuereinnahmen verläuft planmäßig, auch was die Gewerbesteuer betrifft.

Seit voriger Woche liegt die 1. Rate der Einkommenssteuer vor. Diese liegt 20 T ? höher als im I. Quartal 2010, so dass auch hier ein gutes Ergebnis zu verzeichnen ist.

Die Höhe der Kreisumlage ist noch unsicher. Die Stadt Niesky plant einen Umlagefaktor von 30,5 v.H.

Da die Genehmigung des Haushalts 2011 noch nicht vorliegt, können neue Aufträge nicht ausgelöst werden. Die im Jahr 2010 begonnenen Baumaßnahmen wie z.B. die Muskauer Straße, Albert-Schweitzer-Straße und Wachsmann-Haus können weitergeführt werden, da die Finanzierung über Haushaltsreste abgesichert ist.

Der Kredit für die Straßenbeleuchtung in Kosel, der bereits 2010 bewilligt wurde, steht noch nicht zur Verfügung.

Insgesamt schätzt Frau Hoffmann die Entwicklung im I. Quartal 2011 positiv ein, die Liquidität der Stadt Niesky war jederzeit gesichert.

Herr Reimann spricht die Kreisumlage von 29,5 v.H. bzw. 30,5 v.H. an und fragt Herrn Rückert, warum er sich für 30,5 v.H. ausgesprochen hat.

Herr Rückert weist darauf hin, dass zum einen der Kreistag einen Hebesatz von 29,5 v.H. beschlossen hat, das Haushaltssicherungskonzept zur Absicherung der Finanzen aber abgelehnt wurde. 30,5 v.H. hätten das Aufkommen von 2010 gesichert. Für die Stadt Niesky sind beide Zahlen ohne erhebliche Einschnitte akzeptabel. Zu befürchten ist, dass wenn im Juni der Kreistag das Haushaltssicherungskonzept wieder nicht beschließt, es zu einer Ersatzvornahme kommt, die nicht bei 30,5 v.H. liegen wird, sondern eventuell bei 32 v.H.

### **3. Bericht zur Beteiligung der kommunalen Unternehmen I. Quartal 2011 BE: Frau Hoffmann, Fachbereichsleiterin Finanzen**

Frau Hoffmann bittet die Stadträte bei der Abrechnung I. Quartal 2011 der kommunalen Unternehmen um eine Berichtigung in der Spalte "Liquidität Kontostand". Es heißt richtig: 31.03.2011.

In ihren Ausführungen zum Bericht schätzt Frau Hoffmann ein, dass bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft die Zahlen im I.Quartal 2011 denen im I. Quartal 2010 annähernd entsprechen. Es gibt kaum Abweichungen, sie bewegen sich im Rahmen des Wirtschaftsplanes und die Liquidität ist gesichert.

Auch bei den Stadtwerken kann eine ähnliche Einschätzung abgegeben werden. Es gibt Verschiebungen, die mit den Kosten für die Anschaffung von Erdgas auf Grund der Witterungsbedingungen und mit der Anpassung der Strompreise zusammenhängen. Insgesamt liegen die Zahlen im Rahmen des Wirtschaftsplanes. Auch hier ist die Liquidität gegeben.

Zusammenfassend stellt Frau Hoffmann eine positive Entwicklung beider Unternehmen fest und hebt dabei besonders die Ergebnisse im Bürgerhaus hervor. Lobenswert ist die Steigerung der Erlöse um 50 T? gegenüber dem I. Quartal 2010, die vor allem bei den Veranstaltungen, im Eisstadion und in der Küche zu verzeichnen sind.

Der Bericht Abrechnung I. Quartal 2011 der kommunalen Unternehmen wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

### **4. Beschluss Nr. 19/2011 Bestätigung der Auswahlkriterien im Rahmen der Neuvergabe der Konzession für die Ergasversorgung in Niesky BE: Herr Rückert, Oberbürgermeister**

Herr Rückert erinnert daran, dass mit dem Auslaufen des bisher bestehenden Konzessionsvertrages im Jahr 2012 rechtzeitig die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen sind, um nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen im fairen Wettbewerb die Neuvergabe zu ermöglichen. Im Bereich Strom ging die Neuvergabe relativ unkompliziert vonstatten. Im Bereich Gas haben 4 Unternehmen ihr Interesse bekundet:

1. Energie Sachsen Ost (ENSO), zur Zeit Konzessionsinhaber
2. Stadtwerke Niesky GmbH
3. Stadtwerke Görlitz AG
4. Gelsenwasser Entwicklungsgesellschaft mbH Dresden

Die Auswahl des Bewerbers für die Neuvergabe der Konzession zur Erdgasversorgung in Niesky soll nach Angebotskriterien erfolgen, wie

- Anpassung der Laufzeit des Konzessionsvertrages an das volle Kalenderjahr
- Option einer auf zehn Jahre verkürzten Laufzeit oder einer 20-jährigen Laufzeit
- Zwingende Verpflichtung zur Eigentumsverschaffung nach Auslaufen des Konzessionsvertrages
- Eindeutige Festschreibung der Kaufpreisbildung

Herr Konschak ist der Meinung, dass einige Bewerber mit dem Punkt 3. Probleme haben werden, denn nach 10 Jahren wird wieder beraten, wenn ein Wechsel des Konzessionsinhabers erfolgen soll.

Herr Rückert bestätigt, dass dieser Punkt sehr anspruchsvoll ist. Es wird nicht jeder anbieten wollen, da das wirtschaftliche Risiko, jetzt das Eigentum zu übernehmen und mit nur 10 Jahren Konzession leben zu müssen, schwer darstellbar ist. Er gibt aber auch zu bedenken, dass in den letzten 20 Jahren relativ viel investiert wurde, so dass das Gasnetz in Niesky in einem guten Zustand ist. Das Netz muss unterhalten, betrieben und die Grundversorgung muss angeboten werden. Die Stadt erhält die Konzessionsabgabe, die sich nach den Leistungsparametern richtet, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Beschluss ein falsches Datum hat. Die Sitzung am 04. April 2011, in der dieser Beschluss gefasst werden sollte, ist ausgefallen. Bei der Ausfertigung muss das berücksichtigt werden.

Mit 19/0/0 wird beschlossen:

*Der Stadtrat der Großen Kreisstadt beschließt:*

*Die Auswahl des Bewerbers für die Neuvergabe der Konzession zur Erdgasversorgung in Niesky soll nach folgenden Angebotskriterien erfolgen:*

1. *Anpassung der Laufzeit des Konzessionsvertrages an das volle Kalenderjahr*
2. *Option einer auf zehn Jahre verkürzten Laufzeit oder einer 20-jährigen Laufzeit (jeweils unter Beachtung des Punkte 1), damit durch die rasante Entwicklung im Energiebereich zeitnahe Anpassungen möglich wären.*
3. *Zwingende Verpflichtung zur Eigentumsverschaffung über die zu übertragenden Versorgungsanlagen bei Auslaufen des Konzessionsvertrages an die Stadt bzw. an den dann übernehmenden Konzessionsinhaber.*
4. *Eindeutige Festschreibung der Kaufpreisbildung als Ertragswert nach den dann geltenden rechtlichen Bestimmungen.*

**5. Beschluss Nr. 20/2011  
Beschluss des Stadtrates über die Veränderung der Verkehrsführung  
im Ortsteil See im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnstrecke  
Knappenrode - Horka - Polen**

Herr Rückert erinnert daran, dass sich die Stadt mit dem Beschluss 28/2010 und mit dem heute zu fassenden Beschluss immer noch im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens befindet, d. h. die heutige Entscheidung geht in das Planfeststellungsverfahren ein mit Anhörungs- und Abwägungsverfahren. Sollten sich aus der heutigen Beschlussfassung erhebliche Veränderungen zum 2010 ausgelegten Plan ergeben, würde eine Nachauslegung erfolgen. Das ist aber nicht Aufgabe und Pflicht der Stadt, sondern des von der Bahn beauftragten Unternehmens.

Herr Bachmann ergänzt, dass die Bahn AG mit Beschluss 28/2010 aufgefordert wurde, die Verlegung des Bahnüberganges von der Langen Straße auf die Mittelstraße zu prüfen und eine Aussage über die schallschutztechnischen Vor- und Nachteile einer Verlegung zu treffen.

Das inzwischen vorliegende Gutachten sagt aus, dass durch die Verlegung für 12 Wohngebäude im Nahbereich der Bahnstrecke eine Verschlechterung der Schallschutzsituation eintreten würde und es demgegenüber für 57 Wohngebäude eine Verbesserung wäre.

Die Verkehrslage der Mittelstraße gestaltet sich durch die vorhandene Flurstücksbreite, dem bestehenden Straßenkörper sowie durch die Gradlinigkeit verkehrstechnisch deutlich günstiger als der enge Bereich der Langen Straße.

Vom Verkehrsrecht und auch aus städtebaulicher Sicht würde der Verlegung auf die Mittelstraße nichts im Wege stehen.

Die Verkehrszahlen sind unerheblich. Es erfolgte eine Zählung, die im Ergebnis 200 bis maximal 250 Fahrzeuge pro Tag ergab.

Im Ergebnis der vorangegangenen Beratungen und Bürgerversammlungen liegt den Stadträten ein Beschluss zur Entscheidung vor mit dem Vorschlag zur Veränderung der Verkehrsführung. Die Bahn soll aufgefordert werden, eine weitergehende planerische Untersuchung zum Schallschutz durchzuführen. In dieser Beschlussvorlage ist auch die Ermächtigung für den Oberbürgermeister eingearbeitet, mit der Bahn AG entsprechende Planungsvereinbarungen zur Verlegung des Bahnüberganges zu verhandeln und abzuschließen. Über sämtliche Zwischenergebnisse sind die Stadträte zeitnah zu informieren.

Frau Lorenz ist ein Widerspruch aufgefallen zum Beschluss 28/2010, wo 3 Grundstücke als Mischgebiet ausgewiesen wurden. Die Einstufung als allgemeines Wohngebiet ist zu überprüfen. Erfolgte die Prüfung? In dem jetzt vorliegenden Lageplan ist alles als allgemeines Wohngebiet zu betrachten. Schlussfolgernd daraus wären die Werte noch höher, als uns die Bahn AG zur Verfügung gestellt hat.

Herr Rückert erklärt, dass nur der eine Punkt aus der damaligen Stellungnahme beantwortet wurde, den die Stadt als Option an die Bahn gestellt hat. Alle anderen Punkte der Stellungnahme, insbesondere die Hinweise und Bedenken städtebaulichen Planungsrechts sind Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens und das ist noch nicht abgeschlossen.

Die Forderung an die Bahn war, dass mit der Einordnung als allgemeines Wohngebiet die Ansprüche an den Schallschutz noch einmal erhöht werden. Bei dieser Untersuchung konnte das noch nicht umgesetzt werden.

Herr Konschak kritisiert, dass die detaillierten Zahlen von der Bahn relativ spät bei der Stadt vorlagen. Die Stadträte erhielten die Information erst im Technischen Ausschuss im Monat April, sie wurde aber bereits am 13.10.2010 verfasst. Eine frühere Bekanntgabe wäre hilfreicher bei der Meinungsfindung gewesen.

Herr Konschak erinnert daran, dass dieses Thema sehr lange und sehr intensiv diskutiert wurde und Einwohnerversammlungen stattfanden. Er dankt allen Bürgern, die sich dabei eingebracht und die Stadträte bei ihren Entscheidungen unterstützt haben.

Herr Müller ergänzt, dass sich der Ortschaftsrat See und die Bürger sehr intensiv engagiert haben und verschiedene Varianten geprüft wurden. Er bedauert aber, dass dabei zwischenmenschliche Beziehungen gelitten haben.

Herr Polossek stellt auf Grund der Reaktion einiger betroffener Bürger gegenüber den Stadträten den Antrag, den Beschluss Nr. 2011 in geheimer Wahl abzustimmen.

Frau Lorenz schließt sich diesem Antrag an und nennt ihre Gründe:

1. Fraktionszwang
2. Emotionen
3. Im Stadtrat arbeiten auch Bürger aus See mit, die eventuell eigene Wünsche haben und der Stadtrat muss auch danach noch gut zusammenarbeiten und gemeinsame Entscheidungen tragen.

Die Stadträte sind mit 16/0/3 für eine geheime Abstimmung.

Für die Auszählung werden Herr Tauch und Frau Hoffmann vom Stadtrat bestimmt. Herr Tauch gibt das Ergebnis bekannt.

Der Beschluss wird mit 12/6/1 getroffen:

*Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Bahnstrecke Knappenrode - Horka - Polen und einer damit möglichen Verlegung des vorhandenen Bahnüberganges vom Standort "Lange Straße" in den Bereich "Mittelstraße" im Ortsteil See trifft der Stadtrat nachfolgende Festlegung:*

- 1. Bei einer Verlegung des Bahnüberganges wird die Führung des Durchgangsverkehrs im OT See von der Langen Straße auf die Mittelstraße verändert.*
- 2. Die Deutsche Bahn AG wird aufgefordert, die Verlegung des Bahnüberganges von der Langen Straße in den Bereich der Mittelstraße weitergehend planerisch zu untersuchen. Dabei ist der Bahnübergang Mittelstraße soweit wie möglich in östliche Richtung zu verlagern.  
Für Grundstücke, bei denen durch die Verlegung des Bahnüberganges eine Verschlechterung der Schallsituation eintritt, ist der Schallschutz zu optimieren.*

*3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Deutschen Bahn AG eine Entsprechende Planungsvereinbarung zur Verlegung des Bahnüberganges zu verhandeln und abzuschließen.*

**6. Beschluss Nr. 21/2011  
Beschluss über den Entwurf und die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Biogasanlage Sandtagebau See sowie die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Herr Bachmann informiert , dass die Pure Power GmbH Ulm im Bereich Sandtagebau See eine Biogasanlage mit einem Gesamtleistung von 0,4 MW auf einer Fläche von 2.800 m<sup>2</sup> errichten möchte.

Die Stadt Niesky und die anderen Träger öffentlicher Belange sind aufgefordert, im Rahmen einer Auslegungs- und Beteiligungsfrist ihre Meinung bekannt zu geben. Die Stadt Niesky ist bei diesem Vorhaben planungshoheitlich tätig. Die Erarbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes geht finanziell komplett zulasten des Vorhabenträgers.

Ein Schallschutzgutachten liegt vor. Mit einer gewissen Geruchsbelästigung muss gerechnet werden, wobei auch 2 Grundstücke an der Bautzener Straße betroffen sind.

Die Auslegung ist in der Zeit vom 27.05. 2011 bis 28.06.2011 vorgesehen.

Nach Auswertung der Unterlagen wird im Technischen Ausschuss im Monat Juli weiter darüber beraten.

Herr Reimann findet es nicht gut, dass die Agrarbetriebe solche Anlagen brauchen, weil sie vom normalen Ackerbau und Viehwirtschaft nicht existieren können.

Herr Rückert stimmt dem zu, es ist aber ein bestehender Standort, der erweitert werden soll.

Herr Giese äußert, dass die Ein- und Ausfahrt in diesem Bereich wegen der Denkmal-Kurve ein sensibler Bereich ist und fragt, wer über den Bau einer Linsabbiegespur beschließen müsste.

Herr Bachmann erklärt, dass die Forderung bei Bedarf der Baulastträger, also der Freistaat Sachsen stellen muss. Er weist aber darauf hin, dass es in den letzten Jahren keinen Auffahrunfall gab. Da generell über die Veränderung der Denkmal-Kurve nachgedacht wird, könnte die Stadt in ihrer Stellungnahme Verhältnisse fordern, die über einen längeren Zeitraum den Bedingungen standhalten.

Herr Mrusek fragt nach Kabelverlegung und ob die Stadtwerke Strom abnehmen müssen.

Dazu antwortet Herr Ludwig, dass die Stadtwerke verpflichtet sind, Strom abzunehmen. Es wird aber damit gerechnet, dass das Asphaltwerk Abnehmer sein wird und keine größeren Kabelverlegungen vorgenommen werden müssen.

Frau Beinlich möchte wissen, was unter "Die Berücksichtigung der Hedonik ist gemäß GIRL nur im Falle von eindeutig angenehmen Gerüchen erforderlich." zu verstehen ist.

Diese Frage kann nicht beantwortet werden und wird geprüft.

Die Stadträte beschließen mit 17/1/1:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt:

1. *Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) in der Fassung vom 08.04.2011 wird beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht in der Fassung vom 08.04.2011 werden gebilligt.*
2. *Den von den Stadträten der Stadt Niesky gebilligten und zur Auslegung bestimmten Entwurf zum o. g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie die Begründung und der Umweltbericht in der Planfassung vom 08.04.2011 in der Zeit*

*vom 27.05.2011 bis 28.06.2011*

*in der Stadtverwaltung Niesky, Muskauer Str. 20/22, 02906 Niesky, Erdgeschoss, Zimmer 005, während der Dienststunden zur öffentlichen Einsichtnahme auszu-legen.*

*Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen zum Entwurf schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.*

3. *Stellungnahmen, die im Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nicht rechtzeitig abgegeben wurden, werden bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, sofern die Stadt Niesky deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Richtigkeit nicht von Bedeutung ist.*
4. *Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen.*

**7. Beschluss Nr. 22/2011  
Beschluss zur Delegierung der Entscheidungskompetenz des  
Stadtrates an den Technischen Ausschuss, Bauvorhaben Sicherung  
und Sanierung des Gebäudes Konrad-Wachsmann-Haus**

Herr Bachmann informiert zum Stand Sanierung Konrad-Wachsmann-Haus, dass die Vergabe der Zimmermannsarbeiten im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung erfolgen soll. Die zu vergebenden Zimmermannsarbeiten umfassen im wesentlichen Austausch- und Reparaturmaßnahmen im Fassadensystem. Hierzu sind in Abhängigkeit vom vorgefundenen Schadensbild passgenaue Formstücke in differenzierter Einzelanfertigung herzustellen.

Daher ist eine spezialisierte Zimmermannsfirma aus dem engeren Umkreis zu wählen. Wesentliche Kriterien sollten dabei eine Rolle spielen, wie der kurze Weg, die schnelle Verfügbarkeit der Firma möglichst vor Ort, die spezielle Kenntnis und Arbeitserfahrung sowie die schnelle Verfügbarkeit der Gerätetechnik.

Die Vergabe soll am 23.05.2011 im Technischen Ausschuss erfolgen.

Herr Mrusek fragt, ob die finanziellen Mittel für das Wachsmann-Haus ausreichen werden.

Herr Bachmann berichtet, dass es erheblichere Schäden gab als angenommen. Eine Kostenverschiebung entstand bei dem Gewerk Rückbauarbeiten, aber es besteht keine Gefahr, die geplanten Mittel zu überschreiten.

Der Beschluss wird mit 19/0/0 verabschiedet:

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky überträgt dem Technischen Ausschuss die abschließende Entscheidungskompetenz für die Vergabe von Bauleistungen zum Bauvorhaben Sicherung und Sanierung des Gebäudes "Konrad-Wachsmann-Haus", beschränkte Vergabe der Zimmermannsarbeiten Gemäß VOB/A, § 3. (,a),c).*
- 2. Die beschränkte Vergabe soll der Technische Ausschuss in seiner planmäßigen Tagung am 23. Mai 2011 beraten und beschließen. Der entsprechende Beschluss des Technischen Ausschusses ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.*

## **8. Grundstücksangelegenheiten**

**BE: Herr Bachmann, Fachbereichsleiter Technische Dienste**

### **8.1. Beschluss Nr. 23/2011**

#### **Verkauf eines Grundstücks in Niesky am Birkenweg**

Herr Bachmann informiert zum Verkauf, dass es sich um eines der letzten Grundstücke mit geteiltem Eigentum handelt. Die Stadt Niesky ist daran interessiert, die Eigentumsverhältnisse am Grundstück zu klären und die Zusammenführung von Gebäude und Grundstück zu ermöglichen. Die Käufer erwerben auf Antrag von der Großen Kreisstadt Niesky den Grund und Boden. Kaufverhandlungen mit dem Gebäudeeigentümer laufen parallel dazu.

Die Stadträte geben mit 18/0/1 ihre Zustimmung:

*1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Verkauf des folgenden Grundstücks*

*Gemarkung:  
Flur:  
Flurstück:  
Größe:  
Lage:  
Nutzungsart:  
Bebauung:  
Bodenrichtwert:  
Schmutzwasser:  
(1. + 2. Rate)  
Gesamtpreis für  
Grund und Boden:*

*2. Alle anfallenden und verauslagten Kosten für den Abschluss des Kaufvertrages, Grunderwerbssteuer, Notarkosten und andere öffentliche Forderungen sind vom Erwerber zu finanzieren.*

*3. Die Stadtverwaltung Niesky wird beauftragt, den Grundstücksverkauf durchzuführen.*

**8.2. Beschluss Nr. 24/2011  
Vorkaufsanfragen und Grundbucheintragungen**

Herr Bachmann erläutert, dass die Stadt Niesky eine sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 BauGB zum Verkauf einer Wohnung als Wohneigentum im Sanierungsgebiet erteilen muss.

Mit 19/0/0 stimmen die Stadträte dem Beschluss zu:

*Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt für folgendes Grundstück die sanierungsrechtliche Genehmigung zu erteilen:*

*Gemarkung:  
Flur:  
Flurstück:  
Bebauung:  
Antrag:*

*UR-Nr.:*

*Verkäufer:*

*Käufer:*

*Entscheidung:*

### **8.3. Beschluss Nr. 25/2011 Verkauf der Schulhoffläche am Gymnasium, Zinzendorfplatz**

Herr Bachmann informiert, dass es bei den Beschlüssen 25/2011 und 26/2011 um ein Grundstückstauschgeschäft mit dem Landkreis geht. Das zum Verkauf stehende Flurstück wird vom Landkreis als Schulhof für das Gymnasium genutzt. Der abgeminderte Grundstückspreis lässt sich damit begründen, dass das Grundstück der öffentlichen Nutzung unterliegt und für die öffentliche Aufgabenerfüllung des Schulträgers, dem Landratsamt, dringend benötigt wird. Im Gegenzug erhält die Stadt Niesky ebenfalls zum abgeminderten Bodenrichtwert die Freifläche hinter der Bibliothek. Die Größe der beiden Flächen ist annähernd gleich. Auch hier handelt es sich um eine Allgemeinbedarfsfläche.

Herr Mrusek fragt, ob mit dem Verkauf weiterhin die Fläche für Stadtfeste genutzt werden kann.

Darauf antwortet Herr Rückert, dass mit den jetzigen Verhältnissen keine Meinungsverschiedenheiten auftraten und es keine Hinweise gibt, dass sich mit dem Verkauf daran etwas ändert.

Die Stadträte stimmen dem Beschluss mit 19/0/0 zu:

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Verkauf des folgenden Grundstückes.*

*Gemarkung*

*Flur:*

*Flurstück:*

*Größe:*

*Lage:*

*Nutzungsart:*

*Bodenrichtwert:*

*(Gemeinbedarfsfläche)*

*Verkaufspreis:*

- 2. Alle anfallenden und verauslagten Kosten für den Abschluss des Kaufvertrages, Grunderwerbssteuer, Notarkosten und andere öffentliche Forderungen sind vom Erwerber zu finanzieren.*
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Grundstücksverkauf durchzuführen.*

#### **8.4. Beschluss Nr. 26/2011 Beschluss über den Erwerb eines Grundstückes am Zinzendorfplatz**

Hierbei handelt es sich um eine Fläche zwischen Bibliothek und Gymnasium. Des weiteren befindet sich darauf der Verbindungsbau, der von der Stadtverwaltung saniert wurde. Dieser wird gleichzeitig mit dem Grundstückskauf erworben

Die Große Kreisstadt erwirbt das Grundstück, um die öffentlichen Flächen zwischen Bibliothek und Gymnasium eigentumsmäßig der tatsächlichen Nutzung anzugleichen.

Mit 19/0/0 wird beschlossen:

*Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Erwerb folgenden Grundstückes mit Gebäude.*

*1. Grund und Boden:*

*Gemarkung:*

*Flur:*

*Flurstück:*

*Größe:*

*Lage:*

*Nutzungsart:*

*Bodenrichtwert:*

*(Gemeinbedarfsfläche)*

*Kaufpreis:*

*(Grund und Boden)*

*2. Gebäude:*

*Bezeichnung:*

*Lage:*

*Wert lt. Gutachten*

*Vom 21.01.2009*

*Kaufpreis:*

*(unsanierter Zustand)*

*Gesamtpreis für Gebäude  
und Flurstück:*

*Die Stadt trägt alle im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf  
entstehenden Nebenkosten.*

## **9. Anfragen und Anträge der Stadträte**

Herr Konschak kritisiert die Verfahrensweise bei der Einstellung des neuen Fachbereichsleiters Zentrale Dienste, wo der Personalausschuss des Stadtrates nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen wurde. Er bittet ausdrücklich darum, zukünftig die Einbeziehung des Personalausschusses zu beachten.

Herr Rückert äußert dazu, dass der Personalausschuss in schwierigen Personalentscheidungen, wie z.B. bei der Problematik Beamtenrecht, hinzugezogen wird. Bei der Beschlussfassung zur Einstellung des Nachfolgers von Herrn Tauch im Stadtrat am 07.03.2011 waren derartige Schwierigkeiten nicht zu erkennen.

Weiterhin fragt Herr Konschak, ob es schon genaue Informationen zur Fahrt nach Holzgerlingen gibt.

Herr Rückert antwortet, dass noch organisatorische Details vorbereitet werden. Entsprechend der Einladung und des geplanten Programms ist die Fahrt in der Zeit vom 15.07. bis 17.07.2011 vorgesehen. In den nächsten Ausschusssitzungen und im nächsten Stadtrat wird es genaue Aussagen dazu geben.

Herr Konschak erinnert an seine Anfrage im letzten Technischen Ausschuss zu den Akustiksignalen an den Ampeln am Zinzendorfplatz. Er möchte Frau Paula Scholz eine Antwort geben, hat aber festgestellt, dass die Anlage immer noch defekt ist.

Herr Bachmann erklärt, dass es nach Informationen der Straßenmeisterei Probleme mit der Firma gab, da ein defekter Signalgeber eingebaut wurde. Inzwischen hat der zuständige Bearbeiter versichert, dass eine Reparatur durchgeführt wurde.

Herr Simmank fragt, ob schon eine Abnahme des Außengeländes an der Trauerhalle Kosel erfolgte.

Herr Bachmann erwidert, dass die Abnahme der Außenanlage noch erfolgen muss.

Herr Neumann hat festgestellt, dass auf dem Spielplatz Ringstraße Hackschnitzholz aufgebracht wurde und fragt, ob das üblich ist. Außerdem möchte er wissen, ob am Parkplatz Ärztehaus Parkbuchten vorgesehen sind.

Herr Bachmann antwortet, dass sich auf Grund der geringeren Verletzungsgefahr Hackschnitzholz besser für Spielplätze eignen als Sand. Zu den Parkbuchten äußert er, dass eine Prüfung erfolgt.

Herr Polossek spricht den Zustand der Straßen, insbesondere auf der Parkstraße und im Gewerbegebiet Süd an und möchte wissen, ob es einen Plan gibt, wo mit dem Schwarzdeckenprogramm eine Reparatur erfolgen kann.

Herr Bachmann äußert, dass es eine Anfrage vom Landkreis gibt, welche Mittel die Kommunen für die Reparatur der Straßen benötigen. Für Niesky ergab das eine Summe von ca. 350 T€. Für die Parkstraße und die Straßen im Gewerbegebiet Süd ist eine komplett neue Schwarzdecke nötig, die mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich ist.

Eine genaue Information dazu erfolgt in der nächsten Sitzung des Technischen Ausschuss.

Herr Kagelmann möchte wissen, ob alle 146 Hortanträge bestätigt werden konnten und fragt nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße Am langen Haag.

Frau Hoffmann antwortet, dass für alle Hortanträge ein Vertrag abgeschlossen wurde.

Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße Am langen Haag wird geprüft.

Rückert  
Oberbürgermeister

Pätzold  
Stadtrat

Reimann  
Stadtrat

Kühn  
Protokoll